Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

94 (22.4.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 94 | **Freitag, den 22. April 1932** | **103. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Die deutsche Regierung überreichte in Genf eine Memelnote wegen Beeinflussung der Wahlen.

*

Der internationale Ueberbrückungskredit für das Reich im Betrage von 500 Millionen RM. ist bis November verlängert worden.

*

Die Zahl der Arbeitslosen im Reich ist in der ersten Aprilhälfte um 100 000 zurückgegangen und beträgt noch 5,9 Millionen.

*

Reichsinnenminister Gröner wird am Samstag nach Süddeutschland fahren, um dort am Sonntag mit dem Reichskanzler zusammenzutreffen.

*

Der Reichsminister des Innern hat den Landesregierungen für die Handhabung von Zeitungsverboten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen neue Richtlinien gegeben.

*

Hitler hat gegen den hessischen Innenminister Verleumdungsklage in der Angelegenheit des sog. Boxheimer Dokuments erhoben.

*

Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz setzte die Aussprache über den englischen Entschließungsentwurf fort, wobei Frankreich Schwierigkeiten machte.

*

In seiner Unterredung mit Macdonald und Tardieu am Donnerstag vormittag hat der amerikanische Staatssekretär Stimson einen neuen amerikanischen Abrüstungsvorschlag vorgelegt, der von seinen Urhebern zunächst als eine allgemeine Anregung gedacht ist. Der Vorschlag ist auf dem Verfahren der qualitativen Herabsetzung der Rüstungen aufgebaut und geht davon aus, daß in Zukunft die Staaten nur über Armeen verfügen dürfen, die entsprechend dem Beispiel Deutschlands der Verteidigung der Grenzen und der Ordnung im Innern dienen. Stimson soll in der Unterredung betont haben, er sei nach Genf gekommen, um zu helfen für alle internationalen Fragen eine Lösung zu finden. Eine Zusammenarbeit Amerikas mit Europa in diesen Fragen sei aber nur gegen den Preis voller Ehrlichkeit zu haben.

*

Nach Meldungen aus Tokio hat das Oberkommando der Roten Armee im Fernen Osten den Ausnahmezustand an der russisch-mandschurischen Grenze verhängt, da ein Einfall von Weißgardisten zu befürchten stehe.

*

Das englische Schatzamt hat eine neue Zollverordnung erlassen, die am 26. April in Kraft tritt und gleichzeitig die unter dem Dumpingabwehrgesetz erlassenen Zollverordnungen außer Kraft setzt. Die neue Zollverordnung bringt Zollerhöhungen für eine große Zahl von Halb- und Fertigfabrikaten in Höhe von 25 bis 30 v. H.

Der Arbeitsmarkt

Die Arbeitsmarktlage im Reich

Berlin, 21. April. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Zuge der jahreszeitlichen Entwicklung in der ersten Aprilhälfte **um etwa 100 000, seit Mitte März um rund 260 000 zurückgegangen.** Am 15. April waren bei den Arbeitsämtern rund 5 934 000 Arbeitslose gemeldet. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist in der Arbeitslosenversicherung um rund 231 000 auf rund 1 347 000 am 15. April zurückgegangen. Auch in der Krisenfürsorge ist zum erstenmal seit etwa Jahresfrist ein Rückgang der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger zu verzeichnen und zwar um rund 23 000 auf rund 1 721 000.

*

In Baden und Württemberg

Die Zahl der bei den Arbeitsämtern vorgemerkten Arbeitsuchenden fiel vom 31. März bis 15. April von 344 846 Personen auf 338 276, von denen 141 159 auf die württembergischen und 197 117 auf die badischen Arbeitsämter kamen; davon waren 323 489 als arbeitslos anzusehen, und zwar 133 737 in Württemberg und 189 752 in Baden. Die Inanspruchnahme der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung ist um 15 865 Personen und die der Krisenfürsorge um 911 zurückgegangen. In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung waren 91 324 Personen (65 798 Männer, 25 526 Frauen), in der Krisenfürsorge 99 102 Personen (84 369 Männer, 14 733 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten ist weiter um 16 806 Personen oder um 8,1 v. H. nämlich von 207 232 Personen (166 802 Männer, 40 430 Frauen) auf 190 426 Personen (150 167 Männer, 40 259 Frauen) gestiegen; davon kamen auf **Württemberg** 81 992 gegen 91 889 und auf **Baden** 108 434 gegen 115 343 am 31. März 1932.

Der Abrüstungskampf in Genf

Tardieus plötzliche Reise

mit Macdonald nach Genf

Paris, 20. April. Nach einer Unterredung mit Macdonald erklärte Ministerpräsident **Tardieu**: „Macdonald hat während seines kurzen Pariser Aufenthaltes **eine freundschaftliche Aussprache** mit mir gewünscht, worüber ich mich freue. Wir haben über die beide Länder interessierenden Fragen und besonders die gegenwärtig auf der **Genfer Konferenz** erörterten gesprochen. Ich habe beschlossen, gleichzeitig mit ihm nach Genf abzureisen. Wir werden im Zuge unsere Aussprache fortsetzen und auch noch im Laufe des Donnerstags. Ich weiß noch nicht, ob ich übermorgen oder erst in zwei Tagen in Paris zurück sein werde".

*

Die Gründe für die plötzliche Reise

Paris, 21. April. Ueber die Gründe des plötzlichen Entschlusses des französischen Ministerpräsidenten Tardieu, nach seiner Unterredung mit dem englischen Premierminister Macdonald gleichzeitig mit diesem die Reise nach Genf anzutreten, berichtet das „Journal", der Entschluß Tardieus habe diejenigen nicht überrascht, die die Vorfälle der letzten drei Tage in Genf verfolgt und verstanden hätten. Man stehe vor einer Abrüstungs-Entschließung, gewisse **Angriffswaffen** zu verbieten, die der englische Vertreter im Einvernehmen mit dem amerikanischen Vertreter in Genf verteidige und die der internationalen Organisierung der Sicherheit zuwiderlaufe. Deshalb habe Frankreich vorgeschlagen, diese **Waffen zu „internationalisieren"**. Frankreich sei durchaus nicht gegen den Grundsatz der wertmäßigen Rüstungseinschränkung oder Herabsetzung, wie seine Vorschläge bewiesen. Nur sei die Frage, wie dieser Grundsatz angewendet werden möge, und hier komme für die französische Vertretung die **Sorge um die Sicherheit** zur Geltung. Deshalb sei Macdonalds und Tardieus Ankunft in Genf so angebracht wie nur irgend möglich.

„Echo de Paris" schreibt, die Stunde sei zu wichtig, als daß die französische Regierung am Sitz des Völkerbundes jetzt nicht 100prozentig vertreten sei.

„Avenir" erklärt, der plötzliche Entschluß Tardieus beweise, daß die Anwesenheit des Führers der französischen Delegation in Genf notwendig sei. Man wisse, daß die härteste Arbeit jetzt begonnen habe. Man brauche nur auf die Bedeutung der Unterredungen hinzuweisen, die zwischen Stimson, Macdonald Brüning und Grandi stattfinden und sich nicht nur auf die Abrüstung, sondern auch auf das Kriegsschulden- und Reparationsproblem, also auch auf die Vorbereitung der Konferenz von Lausanne bezogen.

Tardieus Anwesenheit in Genf ist nach dem eigenen französischen Zugeständnis nötig geworden, **um in letzter Stunde die Ueberstimmung Frankreichs zu verhindern.** In erster Reihe werden natürlich alle Hoffnungen auf die kleinen französischen Verbündeten gesetzt, von denen Rumänien ein besonderes Lob bekommt, weil sein Vertreter die jovialige Abstimmung verhindert habe.

„Journal" bedankt sich in ironischer Weise beim deutschen Vertreter Nadolny, der durch die ungeschickte Bemerkung, daß der englische Vorschlag endlich der erste Schritt zur Beseitigung der Deutschland zugefügten Ungerechtigkeit sei, dazu beigetragen habe, Frankreich und seinen Verbündeten die Augen über die neue Gefahr zu öffnen. Frankreichs Taktik wird darin bestehen, **die Erörterung nach Möglichkeit in die Länge zu ziehen, um die Teilnehmer zu ermüden und vielleicht in einem günstigen Augenblick eine Abstimmung herbeizuführen, die den englisch-amerikanischen Vorschlag ablehnt.**

*

Frankreich gegen Abrüstung der schweren Angriffswaffen

Genf, 21. April. Im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz wurde die Aussprache über den englischen und jugoslawischen Entschließungsentwurf zur Frage der sogenannten qualitativen Abrüstung fortgesetzt. Der kanadische Delegierte Sir George **Perley** sprach sich sehr entschieden für den englischen Antrag aus, während der norwegische Delegierte **Colban** den Grundsatz der paritätischen Abrüstung billigte, aber betonte, daß das Ausmaß seiner Durchführung späteren Verhandlungen vorbehalten werden müsse.

Der **französische Delegierte Paul Boncour** hielt eine längere Rede, in der er nach anerkennenden Worten für die Ausführungen des englischen Außenministers erklärte, es **erscheine der französischen Delegation nicht möglich, sich dem englischen Antrag anzuschließen. Die Frage des Verbots gewisser Waffen biete eine einzigartige Gelegenheit, der internationalen Gemeinschaft mehr Macht zu geben.** Dieses Ziel sei erstrebenswerter als die bloße Zerstörung von Material, auf das die Abschaffung schlechthin hinauslaufen würde. Paul Boncour brachte den französischen Vorschlag in Verbindung mit dem Abkommen über die Finanzhilfe für angegriffene Staaten.

Die in ihrer Argumentation schwache, mit einer gewissen Nervosität vorgetragene Rede Paul Boncours operierte mit den altbekannten Gründen gegen die englische These auf Abschaffung der schweren Angriffswaffen. Die Beweisführung Paul Boncours war in keiner Weise stichhaltig. Die Möglichkeit einer Humanisierung des Krieges wurde von dem Redner geleugnet. Von besonderer Bedeutung war die ihm offenkundig entschlüpfte Anerkennung, daß die Sicherheitsfrage nicht nur besondere Staaten interessiere, sondern eine Generalangelegenheit der Völker sei.

Nach Paul Boncour hielt der **amerikanische Botschafter** Gibson eine mit großem Beifall aufgenommene Rede, die die verschiedenen **Bedenken der französischen Gruppe entkräftete** und ihnen den Gedanken der praktischen Arbeit gegenüberstellte. Gibson wies darauf hin, daß die **amerikanische Anregung auf Abschaffung gewisser schwerer Waffen des Landkrieges keine ausgesprochen amerikanische Inititave, sondern nur die Zusammenfassung aller der Bestrebungen darstelle, über die sich seit Beginn der Konferenz eine weitgehende Uebereinstimmung der Auffassungen gezeigt habe.** Mit Bezug auf das französische Argument der Verbundenheit der Rüstungskategorien erklärte Gibson, auf dem Gebiete der Flottenrüstungen sei die Beschränkung und Herabsetzung seit zehn Jahren eine Tatsache: **es sei nur logisch, jetzt den gleichen Fortschritt auch auf dem Gebiete der Landrüstungen zu machen.** Es sei das Bestreben gewesen, in derjenigen Frage, in der bisher das größte Maß von Uebereinstimmung hervorgetreten sei, praktische Ergebnisse zu erzielen und dadurch weitere ähnliche Vereinbarungen anzuregen. Die Oeffentlichkeit fange an, die Befürchtung zu hegen, daß die Konferenz allen praktischen Entscheidungen aus dem Wege zu gehen versuche. Die Annahme der von Sir John Simon vorgeschlagenen grundsätzlichen Entschließung würde diese Befürchtung zerstreuen. Der einfache englische Entwurf verdiene den Vorzug und finde die volle Zustimmung der amerikanischen Delegation.

Der weitere Verlauf der Debatte brachte der **englisch-amerikanischen Initiative** insofern einen **großen Erfolg, als fast sämtliche Redner sich vorbehaltlos für das Prinzip der Abschaffung der schweren Angriffswaffen aussprachen.**

Selbst der **Vertreter Japans** erklärte sich mit dem Prinzip einverstanden. Der englische Vorschlag wurde vorbehaltlos angenommen von den Vertretern Irlands, Südafrikas, Indiens, Hollands, Chinas und Schwedens. Der **schwedische Außenminister** Baron Ramel billigte den englischen Vorschlag. Auch der schweizerische Bundespräsident **Motta** befürwortete den englischen Vorschlag und bemühte sich, auch die französische Delegation zur Annahme zu bewegen.

Zum Schluß schickte die französische Gruppe einen ihrer rhetorisch geschicktesten Vertreter, den rumänischen Delegierten **Titulescu**, vor, der von einer Entschließung über die qualitative Abrüstung verlangte, daß sie einerseits der künftigen Beschlußfassung über die Methoden nicht vorgreife und andererseits aber nicht nur in einem platonischen Wunsch bestehen dürfe. Mit dieser Begründung, offenbar nur zu dem Zwecke, um eine Abschließung in der heutigen Sitzung zu verhindern, legte Titulescu unter Berufung auf 14 Delegationen einen umfangreichen **Entschließungsentwurf** vor, der weniger eine Willenskundgebung des Ausschusses, als **eine mit vielen Vorbehalten umgebene Aufstellung der verschiedenen in der Kommission hervorgetretenen Tendenzen enthielt und vor allem den Versuch machte, den Begriff der Sicherheit auch in diese Frage einzuführen.**

Litwinow, der außerhalb der Rednerreihe das Wort ergriff, nannte diese Resolution **eine Irr-Resolution** und sprach sich lebhaft für die englische Entschließung aus.

*

Der Reichskanzler auf der Abrüstungskonferenz

Genf, 21. April. Im Verlaufe der heutigen Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz erschien kurz nach 11 Uhr der deutsche Reichskanzler Dr. Brüning und nahm den Platz des ersten deutschen Delegierten ein. Er wurde von mehreren Delegierten und besonders herzlich von Sir John Simon begrüßt. Unmittelbar darauf folgte der englische Premierminister Macdonald, der ebenfalls von einzelnen Delegierten herzlich empfangen wurde. Man bemerkte, daß Macdonald und Brüning, die sich hier in Genf zum erstenmal seit ihrem letzten Zusammentreffen in Berlin sahen, besonders **herzliche Worte der Begrüßung austauschten.** Macdonald nahm dann bei Sir John Simon Platz, der gleich darauf veranlaßte, daß mit Rücksicht auf das Augenleiden des englischen Premierministers die großen Fenster des Sitzungssaales abgeblendet wurden.

Genfer Besprechungen Tardieus

Genf, 21. April. Tardieu hatte am Donnerstag **Unterredungen mit dem Reichskanzler**, mit **Stimson** und mit **Macdonald.** Abends hat er die Vertreter der Kleinen Entente empfangen. Seine Abreise ist bereits für Freitag festgesetzt, so daß zweifelhaft ist, ob er im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz das Wort ergreifen wird, um einen **Vorstoß** zu unternehmen, der nach Auffassung mancher französischer Kreise für das Schicksal der französischen Vorschläge überhaupt entscheidend sein könnte.

Freitag Fortsetzung der Besprechungen zwischen Brüning und Tardieu.

T.U. **Genf**, 21. April. Ueber die einstündige Unterredung zwischen Brüning und Tardieu, an der Staatssekretär von Bülow nicht teilnahm, wird ebensowenig wie über die gesamten bisherigen Besprechungen des Reichskanzlers die geringste Mitteilung gemacht. Die Besprechungen werden am Freitag unter Hinzuziehung von Bülows fortgesetzt werden.

*

Die Trabanten Frankreichs auf der Abrüstungskonferenz.

T.U. **Genf**, 21. April. Die Mächtegruppe, die am Donnerstag vormittag unter Führung des rumänischen Gesandten Titulescu den Gegenvorschlag gegen den Antrag der englischen Regierung auf Abschaffung der schweren Angriffswaffen eingebracht hatte, setzt sich entgegen den Ankündigungen Titulescus in der Sitzung des Hauptausschusses nicht aus 14, sondern nur aus 13 Staaten zusammen. Diese Staatengruppe, die also versucht, die Abrüstungskonferenz zu sabotieren, besteht eigenartigerweise hauptsächlich aus den südamerikanischen Staaten, die ihre Pariser diplomatischen Vertreter auf die Abrüstungskonferenz entsandt haben, nämlich Bolivien, Chile, Columbien, Cuba, Guatemala, Venezuela, Paraguay und Uruguay, ferner

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

den drei Mächten der kleinen Entente, Rumänien, Südslavien und Tschechoslowakei, sowie Polen und Persien. Die französische Abordnung hat es vorgezogen, den Antrag dieser 13 Mächte offiziell nicht zu unterschreiben, obwohl in Konferenzkreisen nicht der geringste Zweifel darüber besteht, daß der Antrag auf französischen Wunsch zurückgeht.

*

Ein neuer amerikanischer Abrüstungsvorschlag.

T.U. **Genf**, 21. April. Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, hat der amerikanische Staatssekretär Stimson in seiner Unterredung mit Macdonald und Tardieu am Donnerstag vormittag einen neuen amerikanischen Abrüstungsvorschlag vorgelegt, der einen bis in alle Einzelheiten ausgearbeiteten Plan der qualitativen und quantitativen Abrüstung unter Berücksichtigung des Sicherheitsproblems darstellt. Dieser amerikanische Vorschlag, der auf den Bestimmungen des Kellogg-Paktes aufgebaut sein soll, wird zunächst noch von allen Seiten streng vertraulich behandelt.

Der amerikanische Abrüstungsvorschlag. — Deutschland als Schulbeispiel.

T.U. **Genf**, 21. April. Von Seiten der amerikanischen Abordnung werden jetzt Mitteilungen gemacht über eine Erklärung, die Staatssekretär Stimson in seiner Unterredung mit Macdonald und Tardieu am Donnerstag vormittag abgegeben hat. Stimson habe zunächst betont, er sei nach Genf gekommen, um den europäischen Staaten zu helfen, eine Lösung für alle zur Verhandlung stehenden internationalen Probleme zu finden. Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten sei gegenüber Europa außerordentlich skeptisch. Die Auffassung sei vorherrschend, daß die europäischen Staaten in den großen internationalen Fragen, vor allem dem Reparations- und Schuldenproblem, nicht mehr mit der wünschenswerten Ehrlichkeit handelten. Eine Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten mit Europa sei nur gegen den Preis voller Ehrlichkeit in allen diesen Fragen zu haben. — Staatssekretär Stimson legte sodann Tardieu und Macdonald den neuen amerikanischen Abrüstungsplan dar, der auf dem Verfahren der qualitativen Herabsetzung der Rüstungen aufgebaut ist und in dem Deutschland als Muster für die Herabsetzung der Rüstungen hingestellt wird. Der amerikanische Vorschlag geht davon aus, daß in Zukunft die Staaten nur über Armeen verfügen dürfen, die entsprechend dem deutschen Beispiel der Verteidigung der Grenzen und der Ordnung im Innern dienen. Nach den amerikanischen Plänen würde Frankreich über eine Armee von ungefähr 380 000 Mann verfügen dürfen. Sämtliche Mächte sollen auf der Abrüstungskonferenz den Stand ihrer gegenwärtigen Rüstungen begründen, jedoch dürften künftig die Sicherheitslage eines jeden Landes und die geographischen Bedingungen lediglich unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung und der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung für den Rüstungsstand maßgebend sein.

Der amerikanische Abrüstungsvorschlag ist von seinen Urhebern zunächst nur als eine allgemeine Anregung gedacht, nicht als ein feststehender Plan. Stimson hat in der eingangs genannten Unterredung sodann betont, daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten die Lage der einzelnen europäischen Staaten sehr wohl unterscheide und die Sicherheitsbedürfnisse der einzelnen Länder durchaus berücksichtige. Stimson hat dann weiter angedeutet, daß die amerikanische Regierung für den Fall greifbarer Ergebnisse der Abrüstungskonferenz es nicht ablehnen würde, am Schluß der Konferenz eine Erklärung abzugeben, nach der sie für den Fall eines europäischen Krieges dem angreifenden Staate weder direkt noch indirekt in irgendeiner Weise Hilfe leisten würde.

Amerikanische Note an England

Die amerikanische Note an England wegen der Rückzahlung der gestundeten Jahreszahlungen.

T.U. **London**, 21. April. Das Foreign Office bestätigt, daß die amerikanische Regierung wegen der Rückzahlung der auf Grund des Hoover-Moratoriums gestundeten Jahreszahlungen an England herangetreten ist. Die Jahresleistung beläuft sich auf rund 33 Millionen Pfund Goldsterling. Die Note ist bereits in den ersten Tagen des März übersandt worden. Amerika verlangt eine Rückzahlung der gestundeten Jahreszahlungen in zehn Raten bei einem Zinssatz von 4. v. H. Der amerikanische Schritt erfolgte auf Grund der Beschüsse des amerikanischen Senats. Ueberrascht hat es in englischen Kreisen, daß Amerika auf 4 v. H. Zinsen besteht, während bei den Abmachungen vom letzten August noch mit der Möglichkeit von 3 v. H. Zinsen gerechnet wurde. Eine englische Antwort ist bisher noch nicht eingegangen.

Schiele fordert Pflege des Binnenmarkts

Berlin, 21. April. Auf der Mitgliederversammlung der Vereinigung mitteldeutscher Rohzuckerfabriken in Halle a. S. sprach Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, **Schiele**. An Hand von Beispielen zeigte der Minister, daß die Weltwirtschaft in der Vorkriegsform zu Ende sei. Diese Tatsache bestimme zwangsläufig auch die künftige Richtung unserer Wirtschaftspolitik. Jede Betrachtung unserer Situation führe notwendigerweise zu der Verpflichtung, in Deutschland eine starke binnenmarkt-orientierte Wirtschaftspolitik zu treiben. Vier Merkmale seien für unsere Lage besonders wesentlich. Dies sind: 6 Millionen Arbeitslose, die Schrumpfung unserer Ausfuhr, die Zwangsbewirtschaftung der Devisen, um die Stabilität der Währung zu sichern, und schließlich nicht zuletzt auf dem Gebiete der Außenpolitik unser Ringen um die politische Freiheit der Nation.

Die drückende Last der **Arbeitslosigkeit**, die eigentliche Quelle der Finanznot von Länder und Gemeinden habe bereits bei ernsten Männern des Ruhrgebiets zu dem gigantischen Plan geführt, 500 000 Arbeitslose aus dem Ruhrgebiet umzusiedeln, und in die dünner bevölkerten Gegenden des deutschen Ostens zu bringen.

Das **Verhältnis von Land- und Stadtbevölkerung**, das jetzt mit einem Anteil von nur noch 23 Prozent Landbevölkerung höchst ungesund sei, müsse wieder ausgeglichener gestaltet werden. Tatsächlich habe auch bereits eine Menschenwanderung in umgekehrter Richtung von der Stadt aufs Land eingesetzt. Diese gesunde Entwicklung müsse dadurch auf das nachhaltigste verstärkt werden, daß man den Binnenmarkt leistungsfähiger gestaltet und an ihm Ersatz schaffe für die am Weltmarkt verloren gegangenen Arbeitsmöglichkeiten.

Da der Kern jeder **Binnenmarktpolitik** eine intensive **Agrarpolitik** sei, müßten diejenigen Zweige der deutschen Landwirtschaft besonders begünstigt werden, die in besonders hohem Maße in der Lage seien, Arbeitskräfte zu binden. Dies sei vor allem beim **Obstbau** und insbesondere bei der **Zuckerwirtschaft** der Fall. Ohne Zollschutz und Kontigentierung würden die Rübenpreise nur etwa die Hälfte oder ein Drittel der gegenwärtigen Zuckerrübenpreise betragen. Wenn trotzdem die Lage der Zuckerwirtschaft unbefriedigend sei, so wäre dies eine Folge der hohen Bestände aus den Vorjahren. Die Zuckerwirtschaft müsse stärker zum Ersatz der ausländischen kohlehydrathaltigen Futtermittel wie Gerste und Mais, herangezogen werden. Ferner sei so bald wie möglich eine **Ermäßigung der Zuckersteuer** erforderlich. Eine Wirtschaftspolitik, die am Binnenmarkt neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen wolle, müsse auch die Produkte der bäuerlichen Veredelungswirtschaft stärker als bisher schützen. Dies sei auch die Voraussetzung einer beschleunigten und durch Einsatz des **freiwilligen Arbeitsdienstes verbilligten Siedlung auf den im Osten freiwerdenden 2 Millionen Morgen.** Die entscheidende Ursache unserer Arbeitslosigkeit sei auch nicht die Schrumpfung unserer Ausfuhr, sondern **das Versiegen des Binnenmarktes.** Auf den Rückgang der Ausfuhr entfalle nur die Arbeitslosigkeit von etwa 1,5 Millionen Menschen. **Das Versagen des Binnenmarktes habe 3,5 Millionen Menschen arbeitslos gemacht.** Die Ursache dieser Tatsache sei wiederum die nunmehr seit Jahren andauernde Verlustwirtschaft der Landwirtschaft. Grundsätzlich müssen alle Schutzmaßnahmen, insbesondere auch für die handelspolitisch gebundenen Produkte den landwirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechen, und mit der nötigen Labilität, so wie es beim Getreide erreicht sei, gehandhabt werden.

Der Minister legte sodann die Bedeutung der Unabhängigkeit in der Nahrungsmittelversorgung für unsere Devisenbilanz und unsere nationale Befreiungspolitik dar. Immer weitere Kreise sähen die Aussichtslosigkeit einer fühlbaren Exportsteigerung. Bisher weitgehend landwirtschaftlich orientierte Männer bekennen sich jetzt zur Idee des Binnemarktes. Als neue Wirtschaftsgesinnung, so schloß der Minister, sei in immer breiteren Schichten unseres Volkes die Erkenntnis im Wachsen, daß immer mehr der Satz gelte, **„Deutschlands Zukunft liegt auf dem deutschen Acker“.**

*

Die neue Siedlungsaktion — Finanzierung durch Prämienanleihe

Berlin, 21. April. Reichskanzler Dr. Brüning wird unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Genf dem Reichspräsidenten den Entwurf einer inzwischen von den beteiligten Ressorts ausgearbeiteten **Notverordnung** vorlegen, in der die **Ueberleitung der Osthilfe in eine neue große Siedlungsaktion geregelt wird.** Im letzten Jahre wurden im Osten rund 8000 neue Siedlerstellen geschaffen und rund 400 000 Morgen von der Siedlung erfaßt. Das in diesem Jahre zu beginnende neue Siedlungsprogramm würde, bei starker Ausdehnung der Anlieger- und der Landarbeitersiedlung, etwa den fünffachen Umfang haben. Man rechnet damit, daß das Programm für das laufende Jahr außer den regulären Etatsmitteln eine Summe von rund 200 Millionen RM erfordert, die **durch eine steuerlich bevorzugte Prämienanleihe** aufgebracht werden sollen.

Richtlinien für die Handhabung von Zeitungsverboten

Berlin, 21. April. Auf Grund von Verhandlungen mit der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse hat der Reichsminister des Innern **den Landesregierungen Richtlinien für die Handhabung der Verordnung zur Bekämpfung der politischen Ausschreitungen** gegeben, die besagen:

Es sind in letzter Zeit eine Reihe von Zeitungsverboten, die auf Grund der Verordnung vom 10. August 1931 wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassen wurden, vom vierten Strafsenat des Reichsgerichts mit der Begründung aufgehoben worden, daß eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht vorlag. Um die praktische Handhabung der Zeitungsverbote mit der Rechtsprechung nach Möglichkeit in Einklang zu bringen und ungerechtfertigte Verbote zu vermeiden, mache ich deshalb in enger Anlehnung an die einschlägigen Beschlüsse des vierten Strafsenats des Reichsgerichts auf folgendes aufmerksam:

Die Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen sollen nur politische Ausschreitungen bekämpfen und können demnach auch nur auf eine solche Berichterstattung Anwendung finden, die durch die Art der Darstellung der Geschehnisse oder durch die an die berichteten Tatsachen geknüpften Betrachtungen oder die aus ihnen gezogenen Schlußfolgerungen die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden geeignet sind. Insbesondere darf die sehr dehnbare Vorschrift betreffend die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht dazu verwendet werden, die freie Meinungsäußerung und eine selbst scharfe Kritik der Presse zu unterbinden, solange Meinungsäußerung und Kritik sich in den Grenzen der Sachlichkeit halten und nicht darauf abzielen, den Meinungsstreit mit unlauteren Mitteln zu führen.

Auch ist zu beachten, daß nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts nicht jeder Zeitungsartikel strafbaren Inhalts zugleich eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung enthält. Auch die Verstöße gegen die Einzelvorschriften der Notverordnung vom 28. März 1931, z. B. gegen die Tatbestände der Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze und der Beschimpfung oder böswilligen Verächtlichmachung von Staatsorganen, Religionsgesellschaften usw. erfüllen nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts nicht ohne weiteres den Tatbestand einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Vielmehr muß die naheliegende Wahrscheinlichkeit — nicht nur die bloße Möglichkeit — dafür bestehen, daß die durch den Inhalt der Veröffentlichung erzeugte Stimmung zu einer Störung der äußeren Sicherheit und Ordnung, d. h. zu öffentlichen Unruhen, Zusammenstößen, Gewalttätigkeiten oder anderen politischen Ausschreitungen führen wird.

Daß ein Artikel in den Kreisen Andersdenkender Beunruhigung und Empörung hervorruft, genügt nicht; es muß die unmittelbare Gefahr einer Betätigung dieser Empörung durch Handlungen der vorbezeichneten Art hinzukommen. Daß es zu Störungen tatsächlich kommt, ist allerdings nicht Voraussetzung des Verbots.

Hintergründe der Strafanträge Hitlers

München, 21. April. Laut Mitteilung der Pressestelle der NSDAP. ist die von Berlin aus verbreitete Meldung, Adolf Hitler bestreite, vor der ausländischen Presse erklärt zu haben, daß die Auflösung der SA. unter dem Druck Frankreichs erfolgt sei, unrichtig. Hitler denke nicht daran. Er stehe nach wie vor zu seinen Aeußerungen vor den ausländischen Pressevertretern. Er begrüße es, im Verlauf des von ihm gegen Theodor Wolff angestrengten Prozesses und des gegen sich selber beantragten Disziplinarverfahrens die Fragen der Hintergründe des SA.-Verbotes mit Hilfe gewichtiger Zeugen aufrollen zu können.

In zwölfter Stunde

Roman von Hans Otto

Urheberrechte: Literatur-Verlag Gloria, Berlin-Steglitz

34. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Geben Sie sich keine Mühe, Fräulein Brunke, dasselbe Geräusch habe ich schon oft vernommen, voller Freude an ein Lebenszeichen geglaubt und gewartet, Stunde um Stunde, doch stets vergeblich.“

Er hatte kaum ausgesprochen, als das Surren stärker wurde und eine Stimme sich meldete. Im Nu hatten beide die Hörer an die Ohren gepreßt.

„An alle Funkstationen der Welt! Flugzeug „Germania“ liegt zerbrochen in Schnee und Eis auf Grönland. Besatzung lebt und ist gesund. Helling, Bartelt, Kramer. Standortangabe unmöglich! Werden versuchen, Ivigtut zu Fuß zu erreichen. Helft uns! Rettet uns!“

Erschauernd vernahmen Markwald und Elli die Worte, die ganz schwach und verzerrt ankamen, kaum verständlich. Dann noch ein kurzes Summen und wieder war Stille.

„Hier Markwald! Hilferuf vernommen! Große Rettungsaktion erfolgt sofort. Unendlich glücklich, euch am Leben zu wissen! Haltet aus! Habt Vertrauen! Rettung kommt! Hört Ihr mich? Antwortet!“

Mit höchster Energie sandte Markwald die Worte wieder und wieder in den Aether, aber sein Warten auf Bescheid war vergeblich.

„Sie leben! Gott sei Lob und Dank!“ sagte Elli ergriffen und brach in Tränen aus.

Markwald war nicht minder froh, so froh, daß er am liebsten selber vor Freude geheult hätte. Er kritzelte hastig ein Telegramm nach Utingen auf das Papier, schrie nach seinem Gehilfen, und jagte diesen mit dem Motorrad nach der nächsten Poststation. Dann trat er zu Elli und schenkte ihr ein Glas Wein ein.

„Gott sei Dank, sie leben, die lieben, guten Jungens! Nun wird ja alles wieder gut werden. Bald werden wir sie wiederhaben und alles wird uns erscheinen wie ein böser Traum.“

Wiederhaben? Vielleicht! Aber vergessen würde sie die grauenhaften Stunden des Hangens und Bangens niemals.

Elli sprang auf. Sie durfte nicht untätig verharren; alles zur Rückführung der Freunde erforderliche mußte sofort geschehen. Zurück nach Utingen! Mit Reichlin verhandeln! Ihn bitten, ihr ein Flugzeug zur Verfügung zu stellen.

Als Elli von dieser Absicht zu Markwald sprach, schüttelte der den Kopf. Er glaubte nicht daran, daß Reichlin dazu seine Einwilligung geben werde, nachdem der erste Flug mißglückt war.

„Trotzdem, ich versuche es!“

Wie recht Markwald hatte, sollte Elli sehr bald erfahren.

„Nein, liebes Fräulein, zu diesem Experiment kann ich mich unter keinen Umständen entschließen. Ich danke Gott, daß die drei Männer mit dem Leben davongekommen sind. Nie könnte ich es mit meinem Gewissen vereinbaren, daß Sie jetzt das Ihrige aufs Spiel setzen. Ein Schiff wird die drei von Ivigtut nach Deutschland bringen, nachdem eine oder mehrere Expeditionen von Ivigtut aus sie dorthin gebracht haben.“

Reichlin blieb unerbittlich und wohl oder übel mußte Elli sich mit dieser Entscheidung zufrieden geben.

Sollte sie wirklich warten, bis eine der Expeditionen die Freunde gefunden hatte, deren ungefähren Aufenthalt man nicht einmal kannte? Sie dachte viel darüber nach, wie sich eine recht schnelle Auffindung, von ihr selbst in die Wege geleitet, am besten erreichen ließe.

Sie plante eine Ueberfahrt nach Kanada, von wo sie nach Ivigtut aufsteigen und Erkundungsflüge vornehmen wollte, verwarf die Absicht aber bald wieder, um einer anderen nachzuhängen, deren Ausführung allerdings auf Schwierigkeiten stieß. Doch es dauerte nicht lange, und sie wußte, wie diese zu überwinden seien.

Ein paar Tage später erschien bei den Reichlinwerken ein älterer Herr, der ein Flugzeug vom Typ der „Germania“ bestellte. Es war sofort lieferbar und wurde startbereit gemacht.

Allgemein wunderte man sich, welch' große Mengen Brennstoff in dem Flugzeug untergebracht wurden und daß in dieses ein Kurzwellenapparat Type Markwald eingebaut wurde. Doch das ging niemand etwas an, das war Sache des Käufers, der übrigens sehr wortkarg war.

Am darauffolgenden Tage in aller Frühe erschien er unangemeldet mit einer Fliegerin, die die Maschine ausprobierte. Der Flug fiel zur vollsten Zufriedenheit aus.

„Recht schönen Dank, lieber Onkel Dohrmann, für deine Hilfe,“ sagte die junge Fliegerin und reichte dem Angeredeten die Hand. „Jetzt bitte ich dich nur noch um eine kleine Gefälligkeit. Sei so freundlich und bringe diesen Brief Herrn Generaldirektor Reichlin, aber übergib ihn bitte persönlich.“

Onkel Dohrmann versprach es.

Generaldirektor Reichlin empfing den Herrn überaus freundlich, denn er hoffte ihm zu entlocken — womit dieser bisher hinterm Berge gehalten hatte — zu welchen Zwecken das Flugzeug verwendet werden sollte.

„Ich bin zwar der Käufer des Flugzeuges, Herr Generaldirektor, aber leider außerstande, Ihre Frage zu beantworten. Der Kauf erfolgte nämlich für einen dritten, von dem ich Ihnen dieses Schreiben überreichen soll.“

Reichlin nahm erstaunt den Brief entgegen und las:

„Sehr geehrter Herr Generaldirektor! Da Sie es mir abgeschlagen haben, mit einem Ihrer Flugzeuge nach Grönland aufzusteigen, ich dem Wunsche aber nicht widerstehen konnte, habe ich mich einer kleinen List bedient, um doch noch auszuführen, was ich nicht länger hinausschieben kann. Der Ueberbringer dieses Briefes, der mein Onkel ist, hat das Flugzeug bei Ihnen gekauft, mit meinem Gelde bezahlt und ich verlasse in diesem Augenblick Ihren Flugplatz zum direkten Flug nach Ivigtut. Verzeihen Sie mir, daß ich gegen Ihren Wunsch und Willen gehandelt habe, aber ich konnte nicht anders. Herzlichst grüßt Sie Ihre Elli Brunke.“ P.S. Ich werde mit Markwald in dauernder Funkverbindung stehen, die übrigens, wie ich schon festgestellt habe, sehr gut funktioniert.“

Reichlin war vor Aufregung blaß geworden; seine Hand, die den Brief hielt, zitterte.

„Herr Dohrmann,“ stieß er mühsam hervor, „wissen Sie auch, daß Sie Ihr Gewissen schwer belastet haben, als Sie Fräulein Brunke zu dem Flugzeug verhalfen?“

„Ja wieso denn?“ fragte der verblüfft zurück.

„Ihre Nichte, Fräulein Brunke, ist mit dem von Ihnen gekauften Flugzeug nach Grönland gestartet!“

„Großer Gott! Davon hat sie mir keine Silbe gesagt,“ stotterte der alte Herr und sank auf einen Stuhl.

(Fortsetzung folgt.)